



Interviews

Perspektive für Gaza – Interview Sven Kühn von Burgsdorff, Ex-EU-Sondergesandter

29.12.2023, 06:50 Uhr

Meurer: Letzte Meldung von heute Morgen, eine Hamas-Delegation soll sich in Kairo aufhalten und es geht um die Frage: Kann es vielleicht wieder eine Feuerpause oder sogar einen Waffenstillstand mit Israel geben? Sven Kühn von Burgsdorff war Botschafter der Europäischen Union in Jerusalem für die palästinensischen Gebiete bis zum Sommer dieses Jahres. Er hatte die israelische Politik immer wieder kritisiert und sich dafür einige Rügen eingehandelt von der israelischen Regierung. Guten Morgen, Herr von Burgsdorff.

Von Burgsdorff: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Hamas in Kairo, wenn es denn stimmt, welche Chancen sehen Sie für einen Waffenstillstand oder eine Feuerpause?

Von Burgsdorff: Eine Feuerpause oder ein Waffenstillstand wäre das Beste, was wir erwarten könnten, aber die Forderungen, sowohl der israelischen Regierung wie die von Hamas liegen meilenweit auseinander. Benjamin Netanjahu hat sich als oberstes Ziel gegeben, Hamas zu zerstören und erst dann, wenn dieses Ziel erreicht ist, über eine mögliche Day-after-Situation zu reden. Das ist natürlich vollkommen illusorisch. Hamas wird nicht zerstört werden können. Man kann vielleicht die politische oder militärische Führung in Gaza enthaupten, aber Hamas als Bewegung, Hamas als politischer Islam, Hamas als Widerstand gegen die palästinensische Unterdrückung wird natürlich nicht ausgemerzt werden können.

Meurer: Sie sagen „natürlich“. Warum natürlich, wenn die Führung komplett entweder liquidiert oder außer Landes vertrieben würde?

Von Burgsdorff: Ich wollte gerade dazu kommen. Das Politbüro der Hamas sitzt eben nicht in Gaza, sondern sitzt in Doha und mit Teilen in der Türkei und im Libanon, in Beirut. Es gibt Hamas-Einheiten, die mit der Hisbollah im Libanon gegen Israel kämpfen. Es gibt auch in Syrien und in Flüchtlingslagern Hamas-Einheiten. Hamas wird nicht ausgeschaltet werden können. Das heißt, es wird nicht möglich sein, selbst wenn man Sinwar, den Leiter in Gaza, wird ausschalten können oder wird abziehen lassen können, wird Hamas weiter existieren. Das Problem ist für Hamas natürlich, dass sie es geschafft haben, sozusagen auf dem Tableau der Weltpolitik dem Palästinakonflikt wieder eine ganz große Priorität eingeräumt zu haben. Jahrzehnte wurde er praktisch nicht entsprechend gewürdigt und auch nicht entsprechend behandelt. Und insofern sieht sich Hamas jetzt schon als ein Gewinner. Das ist extrem traurig nach dem brutalen Massaker, das sie am 07. Oktober angerichtet haben, aber die vollkommen disproportionale, unverhältnismäßige Reaktion der israelischen Militäreinsätze im Gaza-Krieg, der jetzt über – wie sie wissen – 21 000 zivile, vor allem zivile Opfer und viele Frauen und Kinder gefordert hat, führt zu einer absoluten Isolierung Israels weltpolitisch und unterminiert natürlich auch die Glaubwürdigkeit der engsten Alliierten Israels, der Amerikaner, der Europäer und Deutschland.

Meurer: Da hört man wieder Ihre Kritik an der israelischen Politik heraus. Die EU, vor allen Dingen Deutschland, verteidigt aber noch das Selbstverteidigungsrecht Israels. Sagen Sie, Herr von Burgsdorff, Israel soll jetzt den Krieg beenden?

Von Burgsdorff: Ich denke, es wäre in der Tat das Vernünftigste. Und ich sage „das Vernünftigste“ im Sinne von Minimierung Schaden und Minimierung von Schaden am Völkerrecht und allgemein Menschenrecht, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, weil es eben nicht möglich ist, über militärische Mittel und Repression Hamas auszuschalten.

Meurer: Die militärische Einschätzung der Israelis ist anders: Wir brauchen Sicherheit.

Von Burgsdorff: Richtig. Aber Sicherheit lässt sich langfristig nur herstellen, wenn die Palästinenser in Frieden, Freiheit und Wohlfahrt neben Israel existieren können. Etwas, was sie seit 75 Jahren nicht haben schaffen können, aufgrund der israelischen Besatzungspolitik, seit 76 Jahren konkret. Das heißt, man muss jetzt eine politische Lösung anstreben. Und dieser unglaubliche Konflikt, diese Gewalteskalation, diese brutalen Bilder, die wir jetzt sehen, müssen einfach die Weltöffentlichkeit aufrütteln, damit die politi-

schen Entscheidungsträger sagen, jetzt ist Schluss, wir müssen eine politische Entscheidung herbeiführen. Und lassen Sie mich was zu den Geiseln noch sagen. Es gibt noch über 100 Geiseln in der Hand der Hamas und islamischer Dschihad – das ist eine andere der militanten Gruppen dort. Die einzige Chance, diese Geiseln, diese unschuldigen Menschen herauszubekommen, ist jetzt über Verhandlungen. Auch die einzige Chance, die 1,5 bis 1,8 Millionen Gaza-Bewohner, die jetzt vertrieben wurden aus ihren Häusern und unmenschlichen Situationen ausgesetzt sind, denen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die einzige Chance besteht in einem sofortigen Waffenstillstand.

Meurer: Halten Sie es für möglich, halten Sie es für irgendwie denkbar, dass Israel mit Hamas eine Friedensregelung oder irgendeine politische Lösung abschließt? Das scheint doch völlig ausgeschlossen zu sein.

Von Burgsdorff: Nein. Das ist, denke ich, auch vollkommen unplausibel. Was denkbar wäre, ist, dass wenn so ein Waffenstillstand, der natürlich verhandelt werden muss über die Ägypter und die Kataris, mit den Vereinten Nationen – das sind alles drei Parteien, die involviert sind – wenn der tatsächlich zustande käme und wenn in der Tat es genutzt würde, um Verhandlungen zur Freilassung aller Geiseln zu nehmen, dann wird natürlich ein Kompromiss geschlossen werden müssen. Der Kompromiss könnte zum Beispiel bedeuten, Sie haben das auch kurz angedeutet, dass man in der Tat die verbleibenden politischen und militärischen Hamas-Führer außer Landes bringt, also ausweist, in diesem Fall über Ägypten. Und die müssten halt von arabischen Nachbarstaaten aufgenommen werden. Dass man die Hamas als politische und militärische Organisation im Gazastreifen nicht mehr hätte, obwohl sie natürlich weiter Sympathisanten fände, auch im Westjordanland.

Meurer: Und im Hintergrund die Geschicke leiten würde.

Von Burgsdorff: Sicherlich nicht. Aber man darf nicht ignorieren, dass aufgrund des Angriffes die Sympathien der Palästinenser stark rüber gewandert sind von Fatah nach Hamas. Nicht, weil die Palästinenser es toll fänden, dass israelische Zivilisten massakriert wurden, nein, sondern weil es ein Maß an Frustration, an aufgestautem Ärger auf der palästinensischen Seite gab, dass keine der versuchten friedfertigen Lösungen zu einer Zweistaatenlösung geführt hat. Und Hamas in gewisser Weise hat das instrumentalisiert mit diesem brutalen Angriff. Und die vollkommene Überreaktion der Israelis hat genau das gemacht, was die Hamas wollte, nämlich Israel zu isolieren international. Und wir müssen das jetzt nutzen, um eine politische Verhandlungslösung zu erreichen.

Meurer: Und die Frage ist: Wer soll denn Verhandlungspartner sein? Wenn es nicht Hamas ist, Fatah ist geschwächt, wer denn dann?

Von Burgsdorff: Die einzige Möglichkeit wäre eine politische Einheitsregierung in Palästina, die in der ersten Phase in der Tat nicht nur das Westjordanland, sondern auch Gaza regieren müsste. Das wäre vermutlich am besten über eine technokratische Regierung herzustellen, die im Einklang mit der Europäischen Union, der Vereinten Staaten, mit den arabischen Nachbarstaaten aufgestellt werden müsste. Ich denke da nicht an die jetzige PA, die in Ramallah sitzt unter Führung von Präsident Abbas, der ist 88 Jahre alt. Sondern dann müsste das halt ein breites politisches Spektrum abdecken, wo fähige palästinensische Politiker in der Lage wären, mit internationaler Unterstützung die Verantwortung zu übernehmen. Und nach ein bis zwei Jahren müsste dies legitimiert werden durch demokratische Wahlen. Das wäre die einzige Möglichkeit. Aber in derselben Zeit muss natürlich auch Israel aufhören, seine, ich sage mal, koloniale Siedlungspolitik im Westjordanland fortzusetzen. Wir dürfen nicht vergessen ...

Meurer: Wieso kolonial?

Von Burgsdorff: Kolonial seit ... vor den Oslo-Verträgen, also vor 1993, gab es im Westjordanland 90 000 Siedler Israels. Heute gibt es 450 000 Siedler. Und wenn Sie dazu die 300 000 israelischen Staatsbürger, die in Ostjerusalem wohnen, zählen, dann ist heute fast jeder neunte, fast jeder neunte israelische Staatsbürger jüdischen Glaubens ein illegaler Siedler nach Völkerrecht. Das ist eine wahnsinnige Ausdehnung der Siedlungsgebiete der Israelis auf Kosten der Palästinenser.

Meurer: Das ist die Meinung von Sven Kühn von Burgsdorff, ehemals EU-Botschafter für die palästinensischen Gebiete, heute Morgen bei uns im Deutschlandfunk. Jetzt hier folgen gleich die Nachrichten. Herr von Burgsdorff, besten Dank und auf Wiederhören.

Von Burgsdorff: Bitte schön, danke schön.